

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Susanne Hennig-Wellsow:
Was heißt linker Haushalt?



J. Bischoff/B. Radke:
Tsipras »rote Linien«



Richard Detje/Otto König:
Streikrepublik Deutschland?

H. Flassbeck – T. Schulten:
Kontroverse über den Lohn

**Forum
Gewerkschaften**

Supplement:
Industrie der Zukunft?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Die linke Alternative in Bremen



Entgegen den Umfragen haben die WählerInnen in Bremen ein politisches Beben ausgelöst. Für die auf eine Fortführung der rot-grünen Koalition programmierten Parteien ist das Ergebnis eine Abfuhr. Und erneut ist die Zahl der NichtwählerInnen massiv gestiegen: Es gingen 2015 nur noch 50,1% der Wahlberechtigten zur Wahl. ...

Großbritannien wählt die Austerität



David Cameron hat die Wahl in Großbritannien deutlich gewonnen und kann ohne Koalitionspartner regieren. Die Meinungsumfragen lagen gründlich daneben. Als die ersten Ergebnisse aus den Wahllokalen eingingen und im Fernsehen veröffentlicht wurden, glaubten manche ihren Augen nicht. ...

Der widerspenstige Kontinent



Der VII. Gipfel der amerikanischen Staaten war historisch. Nicht nur wegen des symbolträchtigen »Handshake« zwischen dem kubanischen und US-amerikanischen Präsidenten, sondern wegen Kubas Teilnahme am Gipfel in Panama. ...

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Streikrepublik? Arbeitskämpfe im Merkel-Land	2
Frank Deppe: Ende der Einheitsgewerkschaft? Überlegungen zu sozialer Spaltung, Gewerkschaftskonkurrenz, gesetzlicher Tarifeinheit und politischem Mandat	6
Heiner Flassbeck: Die deutschen Löhne – Konfusion von links bis rechts	13
Thorsten Schulten: Replik auf Heiner Flassbeck	16

Flügelkämpfe & Spielräume

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: AfD – offener Machtkampf	18
Susanne Hennig-Wellsow: Wir machen's gerecht! Überlegungen zu einer linken Landeshaushaltspolitik in Thüringen	23
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Ein sozialer Arbeitsmarkt tut Not Alternativen zur Langzeitarbeitslosigkeit	27
Jendrik Scholz/Birger Scholz: »Solidarische Mindestrente«: Bedingungsloses Grundeinkommen durch die Hintertür?	32

Reformen & Rahmenbedingungen

Joachim Bischoff/Björn Radke: Griechenland – rote Linien gegen finanzielle Repression	38
Boris Kanzleiter: Rote Punkte auf dem Balkan. Der Erfolg von Syriza dynamisiert eine sich neu formierende Linke in Südosteuropa	43
Matteo Gaddi: Die Situation der Arbeit in Italien. Die Veränderungen des Arbeitsmarkts im Zeitraum von 2000 bis 2013	49
Otto König/Richard Detje: Die Zeit der Angst ist vorbei. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktaturen in Lateinamerika	54
Wolfgang Schlott: Fragile Menschenrechte (zu Hans Joas, Sind die Menschenrechte westlich?)	57

Geschichte | Impressum | Veranstaltungen | Film

Jörg Wollenberg: Mit Georg Elser verwechselt und nach Auschwitz deportiert Zum Schicksal des roten Kapos Hermann Joseph	59
Impressum	57
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Babadook (Filmkritik)	65

Supplement

Joachim Bischoff/Björn Radke/Axel Troost: Industrie der Zukunft? Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter Industrieller Revolution	
---	--

Wir machen's gerecht!

Überlegungen zu einer linken Landeshaushaltspolitik in Thüringen

von | Susanne Hennig-Wellsow



Ramelow im Wahlkampf (flickr/LINKE Thüringen) ©

Linke Haushaltspolitik ist eine der komplizierteren Angelegenheiten im politischen Geschäft – zumal dann, wenn es um den Haushalt einer linksgeführten Koalition geht. Die rot-rot-grüne (r2g) Regierung des Freistaates Thüringen diskutiert derzeit den für die nächsten Jahre entscheidenden Doppelhaushalt 2016/17. Hier muss es der Regierung und den sie tragenden Fraktionen gelingen, dezidiert politische Schwerpunkte und Akzente zu setzen. Während die Aufstellung des Übergangshaushaltes 2015 noch deutlich von Störmanövern und Entscheidungen der ehemaligen CDU-geführten Staatskanzlei und des Ex-Finanzministers geprägt war, wird der kommende Doppelhaushalt in der Mitte der Legislaturperiode den Charakter des Koalitionsvertrags¹ widerspiegeln müssen. Er muss das Signal aussenden: r2g macht eine andere, eine bessere Politik. Eine Politik des sozialen, ökologischen und demokratischen Umbaus des Freistaates Thüringen. Der erfolgreiche Start der Regierung in den ersten Wochen und Monaten² muss in den Zahlen verstetigt, fortgesetzt und solide ausfinanziert werden.

Politikgestaltung prioritär

Auf einer Klausurtagung des Kabinetts mit Vertretern der drei Fraktionen und Parteien am 18. Mai 2015 wurden erste, vor allem strukturelle Vereinbarungen zum Haushalt getroffen. Unter der Führung der neuen Finanzministerin Heike Taubert (SPD) wird nun ein Haushaltsentwurf aufgestellt. Anfang Juni wird ihr Ministerium eine Vorlage mit den Eckwerten des Doppelhaushaltes vorlegen, die einzelnen Ressorts reichen bis Anfang Juli ihre Finanzplanungen ein. Ende September soll der Haushalt dann den Landtag passieren – ein wichtiger Meilenstein unserer Arbeit. Für r2g stehen Investieren und Gestalten auf der Grundlage des gemeinsamen Koalitionsvertrages an erster Stelle. Mindestens 1,9 Milliarden Euro mehr werden pro Jahr in den Kommunalen Finanzausgleich gehen. Dies oder die Einführung des kostenfreien Kita-Jahrs sind Beispiele für unstrittige Projekte, die im Haushalt eine wichtige Rolle spielen werden. »Wir werden den sozialen Zusammenhalt stärken, das Land ökologisch modernisieren

und in die öffentliche Daseinsvorsorge und in die Infrastruktur investieren«, fasste Finanzministerin Taubert auf der Pressekonferenz im Anschluss an die Klausurtagung die gemeinsamen Gestaltungsziele zusammen. Für das Jahr 2016 ist mit einer Ausgabensteigerung des Landes von etwa 40 Millionen Euro auf rund 9,3 Milliarden Euro zu rechnen.

CDU: Schuldenmacher Nummer 1

Auf den Finanzen des Freistaates liegen schwere Hypotheken. Denn die Schuldenmacher-Partei Nummer eins in Thüringen ist die CDU. Verbalradikal tritt sie für die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung und harte Einschnitte ins Soziale ein. Der

Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

¹ DIE LINKE Thüringen/SPD Thüringen/Bündnis 90/Die Grünen Thüringen: Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, Erfurt 2014 (www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thuringen/dokumente/r2g-koalitionsvertrag-final.pdf).



Sozialismus befördert die Strategie-
debatte in der Linkspartei mit
einer zum Parteitag der LINKEN in
Bielefeld am 6. und 7. Juni 2015
erscheinenden *extra-Ausgabe*

mit Beiträgen von

- Alexander Recht/Paul Schäfer/
Axel Troost/Alban Werner
- Bernd Riexinger
- Michael Brie/Klaus Lederer
- Susanne Hennig-Wellsow
- Kristina Vogt
- Nils Böhlke/Janine Wissler
- Joachim Bischoff/Hasko Hüning/
Christoph Lieber/Björn Radke

»Die Strategiedebatte ist überfällig.
Mit diesem *Sozialismus extra* und den
darin enthaltenen Beiträgen wollen
wir einen ersten Aufschlag machen,
und wir würden uns freuen, wenn
diese Anregungen in den Gliede-
rungen der Partei, in der parteinahen
Stiftung sowie unter befreundeten
Wissenschaftlerinnen und Wissen-
schaftlern aufgegriffen würden.«

Das Sonderheft gibt es als pdf-Datei
unter [www.sozialismus.de/fileadmin/
users/sozialismus/pdf/Sozialismus_
extra_2015-06_Web.pdf](http://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Sozialismus_extra_2015-06_Web.pdf) oder kann
gegen eine Spende von 5 Euro bestellt
werden bei:

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

neuen Regierung wirft sie vor, nicht
haushalten zu können. Doch fast 25
Jahre lang häuften die von ihr geführten
Regierungen Jahr für Jahr immer neue
Schulden auf, um quer durchs Land mit
dem Geldbeutel Klientelwirtschaft zu
betreiben und politisches Wohlverhalten
einzukaufen. Auf dem Höchststand
waren es 2011 rund 16,3 Milliarden Euro
Schulden. Thüringens neue Finanzmini-
sterin Taubert hat recht, wenn sie die-
sen Schuldenberg als »schwere Erb-
last« bezeichnet. Erst seitdem betreibt
die CDU Haushaltskonsolidierung. Da-
für hatte sie 2009 den Paragraphen 18
der Thüringer Landeshaushaltsordnung
(ThürLHO) geändert, in der nun – ähn-
lich wie im Grundgesetz – eine Schul-
denbremse festgeschrieben ist. Nicht
eingerechnet in diese Schuldenlast sind
mögliche und bisher nicht überschaubare
Risiken aus intransparenten Sonder-
vermögen des Landes (»Ökologische
Altlasten« und »Wasser/Abwasser«)
sowie dubiosen Verträgen aus CDU-
Zeiten, wie beispielsweise dem so ge-
nannten Kali-Fusionsvertrag zwischen
der »Kali+Salz AG Kassel«, der »Mit-
teldeutschen Kali AG« und der »Treu-
handanstalt«, die das Land noch teuer
zu stehen kommen können.

Für eine solide und investive Haushaltspolitik

DIE LINKE Thüringen stand und steht
für eine solide Haushaltspolitik. Auch
in der Oppositionszeit haben wir un-
sere Vorschläge und Änderungsanträge
zum Landeshaushalt immer finanzi-
ell ohne Neuverschuldungen untersetzt.
Doch wir waren und sind zugleich auch
klipp und klar gegen das politisch un-
flexible und vor allem ideologische In-
strument der Schuldenbremse – egal
ob sie im Grundgesetz, der Landes-
verfassung oder der Landeshaushalts-
ordnung verankert ist. Ich begrüße in
diesem Zusammenhang die klare Posi-
tionierung der Gewerkschaften in der
Expertenkommission der Bundesregie-
rung »Stärkung von Investitionen in
Deutschland«: »Deutschland leidet seit
Jahren unter einem massiven Inves-
tionsstau. Vor allem öffentliche, ins-
besondere kommunale, Investitionen
wurden in der Vergangenheit zurück-

gefahren. Der Grund: Steuersenkungen
der vergangenen Jahre haben bei Bund,
Ländern und Kommunen Steuermin-
dereinnahmen von jährlich 45 Mrd.
Euro verursacht. Zudem hat die fiska-
lische Konsolidierung im Rahmen der
Schuldenbremse und der »Schwarzen
Null« zu einer Priorisierung des Schul-
denabbaus vor Investitionen geführt.
Das Ergebnis ist verheerend: Öffentliche
Ausgaben wurden gekürzt, viele öffent-
liche Dienstleistungen sind dem Rotstift
zum Opfer gefallen oder wurden privati-
siert, Gebühren wurden angehoben und
Nutzerentgelte eingeführt. Viele öffent-
liche Dienstleistungen wurden dadurch
für Geringverdiener unerschwinglich.
Kurzum: Deutschland hat vom Inves-
tions- zum Sparmodus umgeschalt-
et. Der Schuldenbremse folgte eine fak-
tische Investitionsbremse.«³ Solche
klare Worte stärken die Position der
LINKEN. Doch zur Änderung der Thü-
ringer Haushaltsordnung fehlen uns
auch in unserer jetzigen Regierungs-
konstellation die politischen Mehr-
heiten. Als Regierung haben wir uns an
die geltenden Gesetze zu halten, in die-
sem Fall die gültige Haushaltsordnung
mit dem Verbot von Neuverschuldung.

Die Thüringer Landesregierung wird
– ebenso wie bereits im Haushalt 2015
vereinbart – in den Jahren 2016/17
maßvoll den Schuldenabbau fortset-
zen. Auch eine Neuverschuldung wird
es nicht geben. Finanzielle Vorsorge für
die kommenden Jahre und die Konso-
lidierung des Haushaltes sind neben
der prioritären Gestaltung von Politik
weitere Eckpunkte der Koalition. Zen-
tral für die Schaffung langfristig stabi-
ler Finanzen ist auch der Einstieg in
notwendige Strukturereformen des Frei-
staates. Bisher konnte die CDU die drin-
gend notwendige und von Grünen, SPD
und LINKEN seit vielen Jahren gefor-
derte Funktional-, Verwaltungs- und
Gebietsreform des Landes verschleppen
und blockieren – aus Rücksicht auf ihre
Pfründe in den Verwaltungen und Land-
ratsämtern. Dank der neuen Regierung
beginnen wir nun endlich, die Struktu-
ren Thüringens den veränderten demo-
grafischen Bedingungen anzupassen.

Länderfinanzen

Im föderalen System der Bundesrepublik ist die Ebene der Bundesländer die Ebene mit den geringsten Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Einnahmen. Speziell die Haushalte der ostdeutschen Länder und der meisten Kommunen stehen unter starkem Druck. Und auch trotz der Erwartung einer deutlich positiven Steuerschätzung wird die Situation unter den gegebenen Regelungen nicht einfacher. Einerseits erwarten wir nach der Mai-Steuerschätzung für Thüringen einen Anstieg der Einnahmen um 158 Millionen Euro, 2017 könnten es nach derzeitigem Stand fast 190 Millionen Euro mehr sein – zusätzlicher Spielraum also für politische Gestaltung und Investitionen. Auf der anderen Seite stehen jedoch das Abschmelzen der Mittel aus dem Solidarpakt II auf Null bis 2020, das Absinken von EU-Mitteln, demografiebedingte Einnahmeverluste im Länderfinanzausgleich, die generelle Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2019, die Regelungen der Schuldenbremse im Grundgesetz für die Länder ab 2020 und bereits heute in der ThürLHO sowie der zu erwartende Anstieg von Pensionsverpflichtungen und erhöhten Ausgabenwahrscheinlichkeiten im Bereich ökologischer Altlasten und den »Sondervermögen« aus der CDU-Ära. »Wir werden mit den Haushaltszwängen, die wir haben, gestalterisch umgehen«, kündigte Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) an, und machte so klar, dass es r2g nicht auf das bessere Verwalten, sondern politisches Gestalten ankommt.

Linke Handschrift

Landesvorstand und Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE Thüringen sowie die linken Mitglieder der Landesregierung haben sich in verschiedenen Diskussionsrunden auf ein gemeinsames Vorgehen in der Haushaltsdebatte geeinigt. Wichtige Fragen dafür waren unter anderem: Was ist an unserem Haushalt und am Prozess der Aufstellung anders im Vergleich zu den früheren CDU-geführten Landesregierungen? Was ist an unserem Doppelhaushalt so-

zialer, gerechter, demokratischer und ökologischer? Wo können wir als r2g gemeinsam Schwerpunkte und Akzente setzen? Und speziell aus dem Blickwinkel der LINKEN: Was ist an dem Haushalt links? Und wo setzen wir transformatorische Punkte hin zu einer Demokratisierung der Gesellschaft? Die Aufgabe von Fraktion, Partei und den VertreterInnen der LINKEN in der Landesregierung ist es, eine öffentlich erkennbare linke Handschrift und linke politische Schwerpunkte für den Haushalt zu entwickeln, dafür in der Koalition gegenüber den anderen Fraktionen und Ministerien zu werben und sie öffentlich zu erklären.

Wir machen's gerecht!

Klar ist: Die Thüringer Landesregierung und darin auch DIE LINKE machen Politik für die gesamte Bevölkerung Thüringens. Dennoch müssen wir aus Sicht von Partei und Fraktion jene besonders in den Blick nehmen, die aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft eine starke soziale Stimme im Parlament und in der Regierung brauchen, jene, die uns politisch oder biografisch nahe stehen und jene, die uns gewählt haben. Ohne Vollständigkeit nenne ich Angestellte und ArbeiterInnen, prekär Beschäftigte, sozial und gesellschaftlich abgehängte und benachteiligte Menschen, RentnerInnen, überzeugte linke (Stamm-)WählerInnen und mögliche linke WechselwählerInnen sowie durch uns ansprechbare NichtwählerInnen. In Studien und Umfragen wird klar, welche Motive bei der Wahlentscheidung für DIE LINKE ausschlaggebend waren und welche Kompetenzen unserer Partei zugeschrieben werden.⁴ An erster Stelle steht soziale Gerechtigkeit: Lohngerechtigkeit, Ost-West-Angleichung der Renten, das Zurückdrängen von Leiharbeit, Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung, Sorge vor Armut und sozialer Spaltung, Bildungs- und Familienpolitik (Kinderbetreuung, Schulen, Bildungsinvestitionen...) sind weitere Bereiche, in denen der LINKEN besondere Kompetenzen zugeschrieben werden und entsprechende Erwartungen existieren. Die Frage sozialer Gerechtigkeit und sozialen Ausgleichs zieht sich

dabei als Querschnitt durch verschiedene Themenfelder – von der finanziellen Entlastung von Familien im Bereich der frühkindlichen Bildung, über kommunale Infrastruktur zur Absicherung öffentlicher Daseinsvorsorge, klassischer Sozialpolitik bis hin zu Gesundheits- und Pflegepolitik. Daran sollte sich die Schwerpunktsetzung der Haushaltsdebatte orientieren: Soziale Gerechtigkeit, Bildung sowie die Stärkung der Kommunen und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dabei gilt es in der öffentlichen Diskussion, den konkreten Nutzen im Nahbereich der Menschen in den Vordergrund zu stellen (bessere Kitas, Erhalt von Schwimmbädern und Spielplätzen, erreichbare Behörden...). »Wir machen's gerecht!« muss im Handeln der Regierung erkennbar werden.

Mit Priorisierungen in den einzelnen Ministerien muss das konkretisiert und untermauert werden. Denkbar wäre zum Beispiel, im »Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft« die Vorhaben Schulinvestitionen, sozialer und altersgerechter Wohnungsbau oder Modellprojekte zur Schaffung von Sozialzentren im ländlichen Raum in

² Siehe dazu u.a. meine Beiträge »Anders regieren. Erste Erfahrungen der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen«, in: Sozialismus, Nr. 2/2015 und »Erste Ernte, offene Felder. 100 Tage Rot-Rot-Grün in Thüringen«, in: Neues Deutschland vom 16.3.2015.

³ Ergänzende und abweichende Positionen der in der Kommission vertretenen Gewerkschaften (IGM, ver.di, IG BCE, IG BAU und DGB), in: Bericht der Expertenkommission »Stärkung von Investitionen in Deutschland« im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie und die ergänzenden und abweichenden Positionen der in der Kommission vertretenen Gewerkschaften, Berlin 2015, S. 13.

⁴ Neben einer Befragung der Bundestagsfraktion DIE LINKE von 2014 siehe u.a. Benjamin-Immanuel Hoff: Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 – Wahlbericht, Berlin 2014 (www.benjamin-hoff.de/article/3832.die-ergebnisse-der-landtagswahl-2014-in-thueringen-8211-wahlbericht-und-erste-analyse.html); Horst Kahrs: Nach den Landtagswahlen 2014: »Degrowth« bei der Linken. Ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht Die Linke?, Berlin 2014 (www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2014/10/2014-09-28-Nachlese-LTW14.pdf); Horst Kahrs: Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten. Neue Befunde aus der Wahlforschung zum Zusammenhang von Prekarisierung, sozialer Fragmentierung, sozialräumlicher Klassenbildung und Wahlbeteiligung, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015 (www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2015/03/2015-03-01-Ka-Arbeitspapier-Wahlenthaltung.pdf).

den Vordergrund zu rücken. Im »Ministerium für Bildung, Jugend und Sport« sind das kostenfreie Kita-Jahr, Akzente bei der Förderung von Gemeinschaftsschulen und lebenslangem Lernen, die Einstellung dringend benötigter LehrerInnen oder die Förderung kommunaler Sportanlagen für Breitensport denkbar. Das »Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie« könnte mit dem Thüringer Modell für einen öffentlichen Beschäftigungssektor, der praktischen Umsetzung von »Guter Arbeit« oder dem Ausbau von ärztlicher Betreuung im ländlichen Raum politische Schwerpunkte in der Haushaltsberatung setzen.

Einnahmen-Potenziale

Damit das Land und die Kommunen ihre Aufgaben ordentlich erfüllen können und der seit Jahren bestehende Investitionsstau angegangen werden kann, reichen Umschichtungen im Haushalt und kosmetische Einsparmöglichkeiten nicht aus. Es ist stattdessen notwendig, die Einnahmeseite des Staates offensiv zu thematisieren. Doch mit Ausnahme der Grunderwerbssteuer hat das Land keine eigenen Steuergestaltungsmöglichkeiten. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich an dieser Situation im Rahmen einer Reform der Finanzverfassung in absehbarer Zeit etwas ändert. Dennoch hat das Land einige Möglichkeiten, die Einnahmeseite abseits von Neuverschuldung zu verbessern – hierzu bedarf es teils politischer Kreativität. Spielraum sehen wir beispielsweise in der Erhöhung des Hebesatzes für die Grunderwerbssteuer. Derzeit liegt in Thüringen der Hebesatz bei 5% und beschert Gesamteinnahmen von etwa 120 Millionen Euro pro Jahr. Eine Anhebung von einem Prozentpunkt auf 6% würde eine jährliche Mehreinnahme von rund 25 Millionen Euro einbringen. Mehrere Bundesländer (z.B. Brandenburg und Schleswig-Holstein) haben sogar einen Hebesatz von 6,5%. Auch nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit im Steuerrecht ist es schwer zu erklären, dass der Grundstückserwerb steuerrechtlich günstiger gestaltet ist, als der Kauf von Grundnahrungsmitteln. Eine andere Möglichkeit,

die Einnahmen-Seite des Landes konkret zu verbessern, bestünde beispielsweise in der Erhebung kostendeckender Gebühren und Entgelte für die Erbringung von Verwaltungsleistungen der Landesbehörden, die einen konkreten wirtschaftlichen Vorteil erzeugen, z.B. Planfeststellungsbeschlüsse, Betriebs-erlaubnisse, sofern der Adressat derartiger Verwaltungsleistungen leistungsfähig ist.

Zur Behebung des offenkundigen Investitionsstaus vor allem in der technischen Infrastruktur des Landes (Immobilien, Straßen...) wäre darüber hinaus über die Bildung von so genannten Landessondervermögen – zum Beispiel in Form von Landesgesellschaften, Anstalten des öffentlichen Rechts oder Stiftungen – zu diskutieren. Dabei ist es nötig, deren Bildung sehr differenziert zu betrachten, denn Kritiker bezeichnen sie als kreative Form der Schattenhaushaltswirtschaft. Diese Kritik hat ihre Berechtigung, weil die Bewirtschaftung der bisherigen Thüringer Sondervermögen (»Ökologische Altlasten« und »Wasser/Abwasser«) im demokratie-reduzierten Raum stattfand. Die Befürworter sehen im Sondervermögen dagegen ein Element der Flexibilisierung des Haushaltsrechtes. Eine Voraussetzung für die Anwendung wäre also ein Höchstmaß an Transparenz und demokratischer Kontrolle. Durch die Überführung von Landesvermögen in Sondervermögen kann dieses Vermögen außerhalb des Landshaushaltes bewirtschaftet werden. Das Sondervermögen ist rechtlich selbstständig und kann somit auch selbst Kredite aufnehmen – unabhängig von Schuldenbremsen. Über das Modell »Öffentlich-Öffentliche Partnerschaften« (ÖÖP) wären vergleichbare Effekte zu erreichen. Durch die Zusammenführung der »Thüringer Aufbaubank« und der »Landesentwicklungsgesellschaft« könnte ein hierfür notwendiges Konstrukt entstehen.

Zudem muss DIE LINKE auch im Land aktiv für eine soziale und gerechte Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene werben, die gesellschaftliche Umverteilung ermöglicht, und gegen Neuregelungen zu Ungunsten der ostdeutschen Länder auftritt. Dafür bietet der Koalitionsvertrag von r2g in

Thüringen Anknüpfungspunkte: »Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene gegen Bestrebungen wenden, die eine weitere Verschlechterung der Einnahmen des Freistaates zur Folge haben... Wir wollen diejenigen Steuerpläne auf Bundesebene unterstützen, die untere Einkommen entlasten und Reiche stärker zur Mitfinanzierung des Gemeinwohls verpflichten. Wir setzen uns für die Wiederbelebung der Vermögensteuer ein... Thüringen wird sich für Steuergerechtigkeit einsetzen und Maßnahmen unterstützen, die zur wirksameren Ahndung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung beitragen.«⁵

Debatten und Unterschiede in der Koalition

Ebenso wie DIE LINKE mit klaren politischen Schwerpunkten in die Haushaltsdebatte geht, bringen auch unsere Koalitionspartner ihre Vorstellungen und Vorhaben in die Diskussion ein, die ihnen besonders wichtig sind oder für die sie gewählt wurden. Besonders deutlich wird das derzeit am Beispiel der finanziellen Förderung von »Freien Schulen«. Die Grünen fordern eine weitere Verbesserung der finanziellen Ausstattung. Hier gibt es unter den Koalitionspartnern im Detail unterschiedliche Auffassungen. Ich bin mir jedoch sicher, dass wir auch die nun in den Haushaltsberatungen aufscheinenden unterschiedlichen Auffassungen weiterhin nicht nur miteinander aushalten, sondern auch produktiv und auf Augenhöhe diskutieren und lösen können. Die langjährigen gemeinsamen praktischen Erfahrungen von Grünen, SPD und PDS/LINKEN in Thüringen auf dem außerparlamentarischen Feld und in der Opposition im Parlament haben ein stabiles Fundament von Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen, Geschichten und Programmatiken der drei Parteien geschaffen.⁶

⁵ DIE LINKE Thüringen/SPD Thüringen/Bündnis 90/Die Grünen Thüringen: Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, a.a.O., S. 92.

⁶ Siehe dazu auch meinen Beitrag »Rot-Rot-Grün ist möglich! Thüringen könnte anfangen und das Nötige möglich machen«, in: Sozialismus, Nr. 10/2014.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

